

## Revanchismus — Teil der friedensfeindlichen Allianz

In diesem Sommer dringen wieder besonders schrille Töne des Revanchismus aus der BRD in unsere Ohren. Man glaubt sich in die Zeiten des schlimmsten kalten Krieges zurückversetzt.

In Hannover beispielsweise, wo 140 000 Menschen zu einem „Deutschlandtreffen“ der „Landmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien“ zusammengetrommelt wurden, erklärte der Bundestagsabgeordnete Hupka in brutaler Offenheit: „Wir wollen vor jedem Mann kundtun, daß wir um Schlesien ringen, daß wir von Schlesien nicht ablassen.“ In Lübeck fand eine Tagung der „Pommerschen Abgeordnetenversammlung“, dem sogenannten „Exilparlament der Pommern“, statt, auf der ebenfalls zu einer erneuten Zerstückelung Polens aufgerufen wurde. In Frankfurt (Main) — um nur noch ein Beispiel aus einer langen Liste von Veranstaltungen zu nennen - fanden sich 190000 Männer, Frauen und Jugendliche zum Treffen der „Sudetendeutschen Landmannschaft“ zusammen. Hier erhob Alt-Nazi Becher den Anspruch dieser Organisation, weite Gebiete der CSSR in ein neu zu schaffendes „Deutsches Reich“ einzugliedern.

Wo auch immer sich Revanchisten in der BRD zusammenschließen, ertönt der Ruf zurück zu einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“. Das um so mehr, da nunmehr noch mit dem barbarischen Beschluß

der USA über die Produktion der Neutronenbombe, zusätzlich Wasser auf die Mühlen der notorischen Kriegshetzer gegossen wird.

In den Verträgen allerdings, die die BRD zu Beginn der siebziger Jahre mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der CSSR und der DDR abschloß, sowie in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde in völkerrechtlich gültiger Form anerkannt, daß die „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren

### Verträge und Wirklichkeit klaffen auseinander

Ganz offenkundig klaffen Geist und Inhalt dieser Verträge und revanchistische Wirklichkeit in der BRD weit auseinander.

Was liegt diesem krassen Widerspruch zugrunde? Ihm liegt zugrunde, daß sich der BRD-Imperialismus angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses zwar gezwungen sah, die neuen historischen Realitäten völkerrechtlich anzuerkennen, sich aber keineswegs mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges abgefunden hat.

Als einzige Partei der BRD tritt die DKP konsequent für die strikte Einhaltung der genannten völkerrechtlichen Verträge ein. So forderte der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, auf dem 6. Parteitag in Hannover unter anderem: „Die Bundesregierung sollte endlich

heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“ ist. Die BRD erklärte auch mit der Unterschrift ihres Bundeskanzlers, sie betrachte „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“. Und sie bekannte sich schließlich zu dem Grundsatz, daß sich „die Teilnehmerstaaten ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten enthalten“.

den Mut finden, den Ballast längst überholter „großdeutscher Doktrinen“ restlos über Bord zu werfen.“

Doch nach wie vor ermuntert die offizielle Staatspolitik die Berufsrevanchisten geradezu in ihrem gefährlichen Treiben gegen das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa. Erst im Februar dieses Jahres beschlossen die Kultusminister der BRD, daß auf Atlanten „Deutschland“ in „den Grenzen des Deutschen Reiches“ vom 31.12.1937 darzustellen ist, daß die Ortsbezeichnung von Städten und Dörfern Polens und der Sowjetunion grundsätzlich mit den alten deutschen Namen zu geschehen hat. Die vom höchsten Gericht der BRD, dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, 1973 bekräftigte